

Per E-Mail an:

wak.cer@parl.admin.ch

WAK-S
Sekretariat der Kommissionen für
Wirtschaft und Abgaben
3003 Bern

Bern, 10. Oktober 2019

**Parlamentarische Initiative «Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes
und Erhalt bewährter Arbeitszeitmodelle» (16.414, Konrad Graber)**

Sehr geehrter Herr Bischof,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihre Sitzung vom 17. und 18. Oktober 2019, für welche die erneute
Behandlung des im Betreff erwähnten Vorstosses traktandiert ist.

An diesem Termin war auch eine Anhörung geplant. Der VSAO als Vertreter der Assistenz- und
Oberärztinnen und -ärzte in der Schweiz und damit Stimme von über 21'000 Mitgliedern wurde
nicht zur Teilnahme eingeladen. Wir haben den Entscheid insbesondere deshalb mit Bedauern
und Unverständnis aufgenommen, weil andere wichtige Vertreter der breit aufgestellten Allianz
gegen Stress und Gratisarbeit ebenfalls kein direktes Gehör erhalten sollten.

Mit noch mehr Besorgnis nehmen wir nun zur Kenntnis, dass das Hearing ganz entfällt. Damit
entgeht selbst unserem zunächst als Sitzungsgast geladenen Partner, dem Schweizerischen
Gewerkschaftsbund (SGB), die Gelegenheit, den Kommissionsmitgliedern die Argumente gegen
die parlamentarische Initiative 16.414 mündlich darzulegen und direkt auf Fragen einzugehen.

Die Landesregierung hat in ihrer ergänzenden Stellungnahme vom 20. September 2019 zum
Zusatzbericht der WAK-S in der erwähnten Sache deutliche Kritik an Ihrem Vorgehen geübt. Sie
kommt zum Schluss: *«Schon allein deshalb erachtet der Bundesrat die Erfolgchancen dieser
Revisionsvorlage als gering. Trotz der erfolgten Anpassungen konnten die im Rahmen der
Vernehmlassung geäußerten Befürchtungen zudem kaum substantiell entkräftet werden.
Deshalb beantragt der Bundesrat dem Parlament, auf die Gesetzesvorlage nicht einzutreten.»*

Worte, die an Klarheit nichts zu wünschen übriglassen. Ihre Kommission will jedoch trotz der
massiven, wie erwähnt bereits in der Vernehmlassung von verschiedenster Seite geäußerten
Kritik am Vorstoss von Herrn Graber festhalten. Angesichts Ihres Verzichts auf einen
persönlichen Dialog erachten wir es daher als geboten, Sie erneut schriftlich auf die Problematik
des geplanten Angriffs auf den Schutz hunderttausender Arbeitnehmender hinzuweisen.

Das an Sie gerichtete Schreiben des SGB vom 7. Oktober 2019 fasst alle diesbezüglich
relevanten Punkte zusammen. Von uns erhalten Sie als Beilage zum vorliegenden Schreiben
unsere Stellungnahme vom 29. November 2018. Darin sprechen wir einerseits auch speziell die
Situation der vielen Teilzeitangestellten an, zu denen namentlich Personen - in der grossen
Mehrheit Frauen - mit familiären Verpflichtungen fallen. Andererseits ist gerade bei der Ärzteschaft

und weiteren Gesundheitsberufen zu beachten, dass nochmals längere respektive überlange Arbeitszeiten zu Übermüdung und damit zu mehr Behandlungsfehlern führen können - mit entsprechenden Risiken für die Patientinnen und Patienten sowie Kostenfolgen. Zugleich würde sich das persönliche Befinden der Mitarbeitenden verschlechtern. Resultat wären noch mehr Ausstiege aus der beruflichen Tätigkeit, was den Mangel an hochqualifiziertem und teuer ausgebildetem Personal verschärft.

Für uns steht demzufolge fest: Sollte die Vorlage im Parlament eine Mehrheit finden, beantragen wir den Beschlussorganen unseres Verbands die Teilnahme am Referendum, das der SGB in Aussicht stellt.

Wir danken Ihnen für die Erwägung unserer Position und stehen Ihnen gerne für Auskünfte zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Assistenz-
und Oberärztinnen und -ärzte



Dr. med. Anja Zyska
Präsidentin



Marcel Marti
Leiter Politik und Kommunikation /
stv. Geschäftsführer

Beilage erwähnt